

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 9-10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Zur innenpolitischen Lage

Die innenpolitische Lage des Landes wird zur Zeit weitgehend charakterisiert durch die Ergebnisse der *Nationalratswahlen vom 30. Oktober* und der Wahlen in den Ständerat, die in verschiedenen Kantonen am gleichen Tage stattfanden. Entscheidend für die Würdigung dieser Urnengänge ist der Umstand, daß eine wesentlich ins Gewicht fallende Verschiebung des Kräfteverhältnisses unter den Parteien nicht stattgefunden hat. Immerhin ist festzuhalten, daß die Sozialdemokraten zur größten Fraktion des Nationalrates geworden sind, eine Position, die sie freilich schon früher innehattent. Sie gewannen im Nationalrat vier Mandate, davon drei von bürgerlicher Seite und eines von der Partei der Arbeit, so daß also die Linke im gesamten lediglich einen Zuwachs von drei Mandaten erhält. Daß dies bei einer Gesamtzahl von 196 Mitgliedern des Nationalrates ein unwesentlicher Zuwachs ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Unter den bürgerlichen Parteien haben die Freisinnigen, die Konservativen und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei je ein Mandat verloren, so daß die Freisinnigen noch über 50, die Konservativen über 47 und die BGB über 22 Nationalratsmandate verfügen. Bemerkenswert erscheint der Umstand, daß der Landesring der Unabhängigen seine zehn Mandate im Nationalrat behalten konnte, ganz entgegen den Voraussagen, die überall im Lande herum gemacht worden sind — entgegen offenbar auch den Erwartungen in der Partei selbst, die entsprechend niedrig gehalten waren. Der Umstand, daß die «Bewegung» des Herrn Duttweiler ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorging — wenn auch ihrem Führer die Wiederkehr in den Ständerat nun wohl endgültig versagt blieb —, dürfte zu einem Teil auf die Propaganda für die 44-Stunden-Woche zurückzuführen sein, zu einem andern Teil auf die massive Publizität, welche anlässlich des 30jährigen Jubiläums der Migros gestartet wurde. Jedenfalls scheint es, daß die Initiative für die Verkürzung der Arbeitszeit in Kreisen der Arbeiterschaft eine größere Wirkung zu Gunsten des Landesrings zur Folge hatte, als man in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften anzunehmen gewillt war. Dieser Umstand hat insbesondere in Kreisen des Gewerkschaftsbundes eine gewisse Unruhe erzeugt, die durch eine kritische Bemerkung des sozialdemokratischen Parteisekretärs in der «Roten Revue» noch gefördert wurde. Es ergibt sich jedenfalls, daß der Landesring erhebliche Stimmen aus der Arbeiterschaft erhielt, was neben dem erwähnten Umstand unschwer auf seine enge Verbindung mit der Migros und die daraus folgenden Einflüsse zurückzuführen ist.

Nachdem die Sozialdemokraten im Anschluß an die Wahlergebnisse von einem eigentlichen Sieg gesprochen haben, erscheint es zweckmäßig, ein paar Zahlen wiederzugeben. Die Stärke der Sozialdemokratie ergibt für die Proporzkantone

— ohne Glarus und Schaffhausen, wo stille Wahlen stattfanden — ein Total von 262 878 Wählern, eine Zahl, die sich auf Grund der Parteistimmen errechnen läßt. Das sind ziemlich genau 13 000 Wähler mehr als im Jahre 1951, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der Wahlberechtigten in den betreffenden Kantonen innerhalb vier Jahren um fast 40 000 gestiegen ist. Die Sozialdemokraten haben davon also genau ein Drittel für sich mobilisieren können, was ungefähr ihrem bisherigen Besitzstand entspricht. Dabei ist zu bedenken, daß in den Parteistimmenzahlen auch die Stimmen aus parteifremden oder freien Listen mitgezählt sind. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß der sozialdemokratische Anteil an den Wählerstimmen, der 1951 in den Proporzkantonen (ohne Glarus und Schaffhausen) 18,025% der dort Wahlberechtigten betrug, bei den Wahlen dieses Jahres nunmehr auf 18,44% gestiegen ist. Man wird also sagen können, daß der Zuwachs unwesentlich war.

Ein bedauerliches Merkmal der Wahlen vom 30. Oktober bildet der Umstand, daß ein Drittel der Stimmberchtigten vom Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Die Ausnahmen sind selten, und deshalb um so mehr bemerkenswert, und wir erwähnen in diesem Zusammenhang die thurgauische Gemeinde Hessenreuti im Bezirk Weinfelden, wo 100% der Wähler zur Urne gingen. Dagegen sank in einzelnen Kantonen die Wahlbeteiligung unter die Grenze von 50 Prozent, und hier wäre insbesondere der Kanton Waadt zu erwähnen. Dort gingen vor 8 Jahren 65% der Stimmberchtigten zur Urne, im Jahre 1951 waren es noch 51% und in diesem Jahre weniger als 50%. Dieser Umstand hat inzwischen in der Presse des ganzen Landes eine lebhafte Reaktion ausgelöst, besonders im Zusammenhang mit der Tatsache, daß in diesem prominenten Kanton der Westschweiz ein ausgesprochener Linksrutsch eingetreten ist — eine Tatsache, die um so bemerkenswerter erscheint, als es sich bei der Waadt um einen Kanton handelt, der in sozialer Hinsicht als ausgeglichen bezeichnet werden kann und wo die Voraussetzungen für Bodenständigkeit und Tradition gebundenheit häufig sind. Dieser Umstand erscheint um so bemerkenswerter, als die überwiegend bäuerliche Bevölkerung zur Zeit sich über mangelndes Verständnis für ihre Belange, wie man annehmen sollte, nicht beklagen kann. Es scheint aber, daß es gerade die Mißstimmung in diesen Kreisen war, die manchen Wähler dazu geführt hat, einer Linkspartei die Stimme zu geben. So klagt man in bäuerlichen Kreisen der Waadt trotz den sichtbaren Bemühungen der Behörden nach wie vor über die zu tiefen Milch- und Weinpreise und darüber, daß das Landwirtschaftsgesetz nicht das gebracht habe, was man von ihm erwartete. Es ist jedenfalls festzuhalten, daß viele durchaus bürgerliche Elemente der Waadt den Sozialdemokraten die Stimme gaben, obwohl sie nach ihrer Überzeugung keineswegs Sozialdemokraten sind. Sie wollten mit dieser Haltung einfach ihre Mißstimmung über die gegenwärtigen Verhältnisse zum Ausdruck bringen, wie denn überhaupt der Eindruck besteht, daß der Wahlgang in unseren welschen Landesteilen von einem anderen, mehr persönlichen Gesichtspunkt aus ins Auge gefaßt wird als in der deutschen Schweiz. Vielleicht findet man hier eine gewisse Parallele zu den Verhältnissen in unseren romanischen Nachbarländern, wo erfahrungsgemäß häufig Stimmen sogar für die Kommunisten abgegeben werden von Leuten, die im Grunde nichts weniger als Kommunisten sind. Man wird also die Linkstendenz in der Waadt unter diesem Gesichtspunkt nicht so tragisch nehmen dürfen, wie wir es nach unseren eigenen Maßstäben zu tun gewohnt sind.

Nach Berichten, die man der Presse entnehmen kann, scheint die Mißstimmung in der Waadt — abgesehen von dem bäuerlichen, hauptsächlich winzerlichen Unbehagen — zu einem großen Teil auf jene Probleme zurückzuführen, die mit der Initiative Chevallier zusammenhängen. Außerdem erfährt man, daß die Reformvorschläge des Militärdepartementes für die Gestaltung der Armee insoweit zu dem Mißbehagen beigetragen haben, als Sozialisten und Kommunisten dazu übergingen, das Schlagwort von den drei Milliarden Franken neuer Militärausgaben zu prägen. Es ist aber offensichtlich nicht nur Militärmüdigkeit, die hier den Ausschlag gab, sondern es ist eine deutliche Staatsmüdigkeit festzustellen, die sich a priori weniger gegen den eigenen Kanton, dafür aber um so mehr gegen Bern richtet. Aber auch im kantonalen Bereich selbst scheint es heftig rumort zu haben, indem von der Landschaft aus die städtischen Kandidaten beispielsweise der radikalen Partei regelrecht torpediert wurden, so daß diese Partei in Bern nunmehr ausschließlich durch bäuerliche Abgeordnete vertreten ist. Zwei verdiente Nationalräte von Lausanne, Stadtpräsident Peitrequin und der Chefredaktor der «Nouvelle Revue de Lausanne», Jaccard, blieben auf der Strecke.

Als Ergebnis aller dieser Umstände ist festzuhalten, daß die Sozialdemokraten und die Partei der Arbeit je einen Sitz gewonnen haben. Unter den 16 waadtländischen Nationalräten besetzen die Sozialdemokraten nunmehr 5 Mandate und die Partei der Arbeit 2. Interessant ist die Wiedergabe der Parteistimmenzahlen. Die Sozialdemokraten konnten ihre Stimmenzahl seit 1951 von 195 000 auf 272 000 erhöhen, trotz dem Rückgang der Stimmbeteiligung. Ihr prozentualer Anteil ist somit von 21,5% auf 29,6% gestiegen. Die Partei der Arbeit erhöhte die Parteistimmenzahl von 95 000 auf 105 000 und die Prozentzahl von 10,4% auf 11,4%. Entsprechend sind die Parteistimmenzahlen der Bürgerlichen zurückgegangen.

Es ist anzunehmen, daß die Diskussion über die derart zum Ausdruck gekommene politische Lage im Waadtland nicht so rasch zur Ruhe kommen wird, und es wird die Aufgabe des ganzen Landes sein, die Mittel und Wege zu finden, um diese Umstände, die zu Bedenken Anlaß geben, nach Möglichkeit zu beheben. Dies kann selbstverständlich nur mit großem Verständnis für die welschen Interessen und insbesondere für die welsche Einstellung ganz allgemein geschehen.

Bericht aus Paris

Die «letzte Chance»

Die Vertrauens- und Mißtrauensvoten, die in diesen letzten Wochen im französischen Parlament einander gefolgt sind, haben in der Presse wieder einmal die oft gebrauchte, oft mißbrauchte Formel «La dernière chance» auftauchen lassen. Für ein Volk aber besteht in Wirklichkeit die letzte Chance selten; denn die Geschichte lehrt, daß immer noch ein unvorhergesehenes Ereignis, erfreulich oder unerfreulich, auf die Umstände wirken und eine dem Anschein nach verzweifelte Lage wenden kann. Es stehen denn auch, trotz freilich äußerst bedrohlichen Verwicklungen, weder die Union Française noch Frankreich selber vor einer «letzten Chance»; vielmehr befinden sie sich in einer politischen Entwicklung, die je nach den Konsequenzen, welche man aus ihr zu ziehen versteht, einen Abstieg oder im Gegenteil eine Wiederaufrichtung bezeichnet.

In Marokko überdauert das Vertrauen die Krise

Unter dem Gesichtspunkt dieser Feststellung kann die Entwicklung der marokkanischen Krise als günstige Wandlung eines Zustandes gedeutet werden, der gestern noch unentwirrbar schien. Mit der Wiederbesteigung seines Thrones eröffnet Mohammed V. eine Ära der Zusammenarbeit mit Frankreich, die neue Ausblicke auf die franko-marokkanischen Beziehungen zu gestatten scheint. Der Anschluß des Paschas El Glaoui an den Sultan ergab sich sozusagen als die direkte Folge der Haltung der französischen Regierung. In Anbetracht des Umfangs der nationalistischen Bewegung in Nordafrika und der fortgesetzten Unruhen, die den Maghreb, den ganzen mohammedanischen Westen, verheeren, hat das französische Kabinett die Rückkehr Ben Jussefs auf den marokkanischen Thron im jetzigen Zeitpunkt als Anlaß zur Sammlung der Marokkaner um die Person ihres Herrschers, also als Einigungsprinzip, gutgeheißen, nachdem eine solche Rückkehr jüngst noch den unheilvollen Anstoß zur Spaltung gegeben hätte. Von El Glaoui wäre es unvernünftig und seinen eigenen Interessen wäre es schädlich gewesen, hätte er sich noch weiter als einsamer Verfechter einer verlorenen Sache behaupten wollen. Alle die — wie der Schreiber dieser Zeilen — in St-Germain-en-Laye Zeugen der pathetischen Unterwerfung des Glaoui zu den Füßen seines Souveräns gewesen sind, haben erkannt, daß der alte Pascha — wie dürfte man es ihm verübeln? — vor allem darauf bedacht war, die Nachfolge seiner Erblinie zu sichern und die Interessen der Scinen zu wahren, die er nicht dem Vergeltungsbedürfnis des künftigen Maghsen, der Regierung des Sultans, aussetzen wollte.

Den Bedingungen, unter welchen der Sultan von Marokko diese Vasallen-schaftsbekundung entgegennahm, verliehen die Umstände das Gepräge einer seltenen, von der Presse einstimmig hervorgehobenen Noblesse — allerdings warf anderseits der Bericht über diese denkwürdige Szene einen Teil der öffentlichen Meinung in Bestürzung. Vertrat doch der Glaoui in Wirklichkeit nicht nur seine Familie und seine Stämme, die er sichern wollte, sondern Frankreich selbst, dessen Politik er jahrelang treu gedient hatte. Nachdem der wiedereingesetzte Mohammed V. sich sofort nach Betreten französischen Bodens zugunsten guter Beziehungen seines Landes zu Frankreich erklärt hatte, drängte sich die Aussöhnung mit dem Pascha El Glaoui als zur Aufnahme dieser Beziehungen notwendige Voraussetzung auf.

Mohammed V. scheint dazu entschlossen, seine veränderte Lage, die er sich wohl noch vor wenigen Monaten — als der Verbannte von Madagaskar — nicht hätte träumen lassen, durch keine überstürzten Forderungen aufs Spiel zu setzen. Die Thronrede vom 18. November ist in bezug auf die französischen Interessen durchaus beruhigend; und die gleich am Tage danach im Hof des kaiserlichen Palastes zu Rabat unter Marokkanern ausgebrochenen blutigen Händel konnten den allzu rasch Vergessenden nur erneut die gebieterische Notwendigkeit der französischen Anwesenheit dartun.

Immerhin bleibt es noch dabei, daß der Istiqlal sein eigenes Spiel zu spielen beabsichtigt — bei allen Loyalitäts- und Gehorsamsbeteuerungen gegenüber dem Sultan —, und dieses Spiel ist kein Friedensspiel. Es steht zu befürchten, daß die von Kairo aus über die Sender der «Stimme der Araber», welche mit den Vertretern der bekannten Liga in Verbindung ist, erlassenen Hetzrufe noch lange weiter gesendet werden. Und es wäre unvorsichtig, anzunehmen, Mohammed V. wolle mit denen brechen, die während der ganzen Dauer seines Exils für seine Rückkehr zur Herrschaft gekämpft haben. Allal el Fassi, der einflußreiche Führer des Istiqlal, der in ganz Nordafrika den Heiligen Krieg proklamiert hatte, erinnerte übrigens jetzt neuerdings daran, daß die ungeheure Befriedigung über die Restauration des Sultans den Entschluß des marokkanischen Volkes betreffend die Fortsetzung seines kompromißlosen Kampfes um Selbständigkeit nicht beeinflussen dürfe.

Das Scheitern der Konferenz von Genf

Während Molotow sich in Genf mit den alliierten Ministern über europäische Anliegen unterhielt, verfolgte die USSR ihre Pläne im Orient. Die Sowjets sind geschickt vorgegangen. Wenn die Konferenz für die Westmächte zur schweren Enttäuschung wurde, weil sie — dank Russlands schlechtem Willen — die Wiedervereinigung der beiden Deutschland trotz allen Anstrengungen nicht zu erreichen vermochten, hat seinerseits Moskau den Schwerpunkt seiner diplomatischen Operationen nach dem Orient verschoben. Dort kommt jetzt also de facto das Machttringen zwischen Ost und West zum Austrag. Diese völlige Verlagerung bildet unseres Ermessens den Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Lage. Sie erklärt nicht allein das sowjetwärts gerichtete Freundschaftsbedürfnis des Obersten Nasser und die Stützpunkte, die Kairo den nordafrikanischen Extremisten gewährt, sondern auch die von Großbritannien aus der Taufe gehobene Replik der Mächte des Paktes von Bagdad, nämlich der Staaten Irak, Iran, Pakistan und der Türkei, auf die russischen Machenschaften. Nach der Genfer Schlappe, auf welche freilich die offiziellen Kreise gefaßt gewesen waren, hat Moskau seine Anstrengungen in den Ländern, die zum «Neutralismus» neigen, verdoppelt; seit langem zeigen die Tatsachen — und die Reise der USSR-Führer nach New Delhi beweist es von neuem —, daß es den Sowjets in diesen Ländern praktisch gelungen ist, Gehör zu finden.

Die atlantische Koalition steht demnach in der Defensive. Infolge der fatalen «Enosis»-Affäre, die England einen Teil seines in Griechenland errungenen moralischen Ansehens gekostet hat, ist der griechisch-türkische Antagonismus neu erwacht und fügt dem mittelländischen Sicherheitssystem schweren Schaden zu. Ganz allgemein jedoch befindet sich die europäische Lage beim bevorstehenden Jahreswechsel im Zeichen der Entwicklung. Die atlantischen Mächte sehen sich nunmehr vor zwei dringende Aufgaben gestellt: erstens, Westdeutschland vor dem sowjetischen Einfluß zu schützen, der in Bonn als Vorspiel zu russischer Vorherrschaft über die beiden Berliner Sektoren einsetzen wird; zweitens aber, die Grundlagen der Sicherheit im Mittelmeer wiederum kraftvoll herzustellen.

Verwirrung um das Wahlgesetz

Die Debatten der Nationalversammlung — man muß das leider zugeben — boten seit einem Monat ein peinliches Schauspiel unfähiger Mittelmäßigkeit. Es sah fast so aus, als habe die Versammlung ihren Daseinszweck als Wächterin über gewissenhafte Verwaltung der nationalen Interessen aus den Augen verloren, und als gelte ihre Hauptsorge bloß noch der eigenen Erhaltung. Nichtendenwollender Meinungsstreit über die Wahlkreise und ihre Abgrenzung, über Proporz und Listenverbindung verärgerten die Öffentlichkeit. Während das Budgetdefizit eines der dringendsten Zukunftsprobleme darstellt, wurden dem Parlament in einer einzigen Sitzung Neubelastungen in der Höhe von 500 Milliarden beantragt.

Weder an Finten noch an Ränken hat es seitens der Kammer gefehlt, um zu verhindern, daß sie schon vor Ablauf der Legislaturperiode wieder vor die Wählerschaft treten müsse. Der letzte Trick bestand darin, eine allgemeine politische Debatte heraufzubeschwören, deren Ausgang die Existenz der Regierung in Frage stellen mußte. Mit 318 gegen 218 Stimmen ist denn auch am 29. November das Kabinett Faure gestürzt worden. Nachdem damit das verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehr überschritten war, öffnete sich der Weg zur Auflösung der Nationalversammlung und zu vorzeitigen Neuwahlen — unbeschadet der heftigen Proteste eines Teils der Versammlung, welche die Erinnerung an den Staatsstreich Mac Mahons im Jahre 1877, in den ersten Jahren der Republik, heraufbeschwörte.

Nun verursacht der Konflikt zwischen Exekutive und Legislative Unbehagen im Lande, das darauf hofft, endlich regiert zu werden.

Gründe der Hoffnung

Jedoch darf Frankreich trotz allem nicht nach den oberflächlichen Symptomen seiner politischen Unordnung beurteilt, sondern es muß nach seinem arbeitsamen Volk, nach seinen greifbaren Verwirklichungen, seinem Können eingeschätzt werden.

Gewisse große, von Franzosen ausgeführte Werke der Technik — um hier nur von diesen zu sprechen — laden geradezu zum Optimismus ein. Nennen wir einige dieser bedeutsamen Höchstleistungen. Da ist die Schwebebahn auf die Aiguille du Midi, mit einer Spannweite ohne Zwischenstütze, die höchste der Erde; das Kraftwerk von Donzère-Mondragon, welches jährlich 2 Milliarden kWh liefert; die Staumauer von Bin el Ouidane in Marokko, die 135 Meter hoch ist und die Bewässerung von 130 000 Hektaren bisher während zehn Monaten im Jahr der Trockenheit ausgesetzten Landes ermöglichen wird; endlich der Viadukt des Pont de l'Arche aus geschweißtem Stahl, der längste in Europa. Diese Bauten sind nicht nur an sich bedeutende Leistungen der französischen Ingenieure, sondern sie gehören anerkanntenmaßen zu den kühnsten Schöpfungen der modernen Technik überhaupt.

Und hebt es einem nicht auch wieder den Mut, zu wissen, daß die Ingenieure der S.N.C.F., der Nationalen Eisenbahngesellschaft, die raschesten, die modernsten Lokomotiven der Welt konstruiert haben?

Die französischen Luftschiffahrtgesellschaften stehen zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, wieder einmal im Streik, was wohl ungemein bedauerlich ist; allein es mag von Nutzen sein, daran zu erinnern, daß sie nichtsdestoweniger den Rekord für Güterfracht und den Höhenrekord (8860 m) in Helikoptern halten.

Diese ganz unvollständige Ehrenliste wird nun zwar gewisse Kreise mit Genugtuung erfüllen, genügt aber freilich nicht, das Bedauern zu zerstreuen, das einen angesichts einer solchen Vergeudung von Intelligenz, Vitalität und Leistung, Frucht der Krise der politischen Institutionen in Frankreich, erfaßt. Doch bleibt bei der großen Mehrheit des Landes die Hoffnung bestehen, daß sich am Tage der Wiederherstellung der Staatsautorität eine ersprießliche und dauerhafte Aufrichtung vollziehen werde.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Washington

Präsident Eisenhowers Herzattacke hat die politische Bühne der USA unter eine ganz neue Beleuchtung gestellt. Sie ist aber auch von allergrößter Bedeutung für die internationale Lage. Es mag bedenklich erscheinen, daß ein einzelner Mensch auf der Schicksalswaage so viel Gewicht haben soll, aber es ist auch früher schon vorgekommen, und es ist ohne Zweifel auch heute wieder so.

Die innerpolitischen Nachwirkungen der Krankheit des Präsidenten können kurz wie folgt zusammengefaßt werden: Es ist nicht wahrscheinlich, daß er für

eine zweite Amtsperiode kandidieren wird, obwohl die Möglichkeit nicht völlig ausgeschlossen ist. Kein anderes Mitglied seiner Partei, vielleicht mit einer Ausnahme, könnte Eisenhowers magischer Anziehungskraft bei den Wahlen gleichkommen. Diese eventuelle Ausnahme ist der oberste Richter *Earl Warren*, der frühere Gouverneur von Kalifornien. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß er auf seinen «unwiderruflichen» Entschluß zurückkommen wird, der Politik fernzubleiben und beim obersten Gericht zu bleiben.

Bis Eisenhower seine Herzattacke erlitt, galten die Chancen der Demokraten zur Rückeroberung der Präsidentschaft im Jahre 1956 als ziemlich gering. In jenem Moment aber besserten sie sich gewaltig und sind seither noch weiter gestiegen. Kürzlich in einzelnen Staaten und Gemeinden erfolgte Wahlen zeigten eine bedeutsame Bewegung zugunsten der Demokratischen Partei. Die Kämpfe um die demokratische Nomination haben deshalb bereits begonnen, das heißt volle neun Monate bevor die Partei zur Nominationsversammlung zusammentritt.

Man hat auch damit gerechnet, daß die Demokraten im Jahre 1956 keine zügigen Wahlparolen haben würden. Die Nation genießt gegenwärtig einen noch nie dagewesenen Wohlstand. Die Unzufriedenheit unter den Farmern, die allerdings entscheidend sein kann, wie Truman im Jahre 1948 bewies, ist der einzige negative Posten. Das unmittelbare Ergebnis der Reise des Präsidenten nach Genf war eine Welle von Optimismus. Man hoffte auf eine lange Friedensperiode, in der die Diplomaten verhandeln würden, während die Kriegsfurien schliefen. Wie hier berichtet wurde, schien es unter solchen Umständen nicht wahrscheinlich, daß die Demokraten im Jahre 1956 aus der Außenpolitik viel Kapital schlagen könnten.

Die Außenpolitik wird zum wichtigen Faktor

Heute ist die Situation eine gänzlich andere. Die großen Hoffnungen, die das Genfertreffen erweckte, sind durch den erbärmlichen Mißerfolg der Außenministerkonferenz zerschlagen worden. Es gibt heute mehr Gefahrenherde auf der Weltbühne als vor sechs Monaten, besonde's im Mittleren Osten. Die sowjetischen Führer zeigen nicht nur ihre altbekannte, unnachgiebige Einstellung, sie scheinen geradezu darauf auszugehen, die Beziehungen zwischen Ost und West zu verschlechtern.

Führende Demokraten haben schon seit geraumer Zeit die Klugheit und Wirksamkeit der Außenpolitik bezweifelt, die Eisenhower und Dulles betreiben. Sie finden, es sei zu viel Bluff, zu viel großartiges Gerede und phantasievolle Reklame darin, dagegen zu wenig Weitsicht, staatsmännische Klugheit und Aufmerksamkeit gegenüber den wahren Freunden Amerikas im Ausland. Es ist allerdings schwierig, gegen den Erfolg aufzutreten, und eine Zeitlang schien es, als ob Eisenhowers Politik erfolgreich sei. Dazu kam, daß die Demokraten fühlten, es wäre nutzlos, sich mit einem so außerordentlich beliebten Präsidenten zu streiten. Deshalb unterstützten sie ihn, selbst wenn es ihnen dabei nicht ganz wohl war, wie im Falle der letzten Winter abgegebenen Erklärung über Formosa.

Jetzt dagegen scheint Eisenhowers Glück zu Ende zu gehen. Seiner Außenpolitik wurde durch den Mißerfolg in Genf ein harter Schlag versetzt. Das kräftige Vordringen des russischen Einflusses im Mittleren Osten ist ein weiterer Rückschlag. Deshalb sind nun die Demokraten zum Angriff übergegangen, was für sie gefährlich werden kann. Als sie das letzte Mal Herren waren im Weißen Haus, wütete ein Krieg ohne Kriegserklärung in Korea. Eisenhower hat immerhin das Verdienst, diesen Krieg beendet zu haben, wie unrühmlich auch die Bedingungen waren. Es ist überhaupt gefährlich, eine Wahlkampagne im Zeichen der Außenpolitik zu führen, da die Amerikaner sich immer gern damit brüsten, daß die Politik an der Wasserkante endige, was allerdings nicht immer stimmte.

In der letzten Zeit haben *Stevenson*, dessen Name bereits für die demokratische Kandidatur verkündet worden ist, und *Harriman*, der auch Präsident werden möchte, die Regierung, besonders im Hinblick auf die Außenpolitik, einer scharfen Kritik unterworfen.

Große Hoffnungen wurden genährt

Auch bei äußerst zurückhaltender Beurteilung darf man behaupten, daß die Regierung lächerlich übertriebene Hoffnungen genährt hat, daß nämlich als Ergebnis des Treffens «auf höchster Ebene» die Beilegung der west-östlichen Differenzen nur noch eine Frage der Zeit sei. Einzelne erkannten damals schon diese Gefahr — die Regierung leider erst, als es zu spät war.

Nichts deutete beim Genfertreffen im Juli darauf hin, daß das Deutschlandproblem vor einer Lösung stehe. Ebensowenig zeichnete sich eine west-östliche Verständigung ab, in bezug auf einen neuen Plan für die europäische Sicherheit oder ein Abkommen über die Abrüstung. Dagegen waren Anzeichen vorhanden für vermehrten kulturellen und vielleicht auch kommerziellen Austausch zwischen Ost und West. Am wichtigsten war jedoch die Erkenntnis, daß ein im großen geführten Atomkrieg unausdenkbare Schrecken bringen würde und niemand daraus Nutzen ziehen könnte.

Als diese Tatsache schweigend zur Kenntnis genommen worden war, war der nächste Schritt eine Selbstverständlichkeit: die Suche nach einer friedlichen Lösung. Was aber heute offen zutage liegt, ist die Erkenntnis, daß der Wunsch nicht immer der Vater der Tatsache ist und die Russen es nicht eilig haben, diesen nächsten Schritt zu tun. Was soll denn nun aber geschehen? Washington tastet im Dunkeln nach einer Antwort.

Ein Vorwurf, den man der Regierung macht, ist der, daß ihre Außenpolitik entweder zu steif und unbeweglich oder zu altmodisch sei. In vielen Beziehungen gründet sie sich auf Richtlinien, die vor sieben oder acht Jahren aufgestellt wurden. Man erklärt, daß eine Politik, die damals richtig gewesen sein mag, heute vielleicht doch gewisser Änderungen und Zusätze bedürfe. Eines der Hauptaxiome der amerikanischen Außenpolitik ist zum Beispiel seit einigen Jahren der Begriff NATO und die militärische Beteiligung Deutschlands an dieser Organisation. Man findet nun, daß es vielleicht doch vorteilhaft wäre, diese Konzeption neu zu überprüfen, nachdem sie gleichsam in der amerikanischen Außenpolitik festgefroren war. Nach dem Treffen auf höchster Ebene sprach man von Verhandlungen, die sich vielleicht über eine lange Zeitspanne erstrecken würden. Verhandlungen setzen aber auf beiden Seiten die Bereitschaft voraus, in vielen Punkten nachzugeben. Leider sind die Russen in der Lage, bei den Deutschen den Anschein zu erwecken, als ob sie bereit seien, nachzugeben. Die Haltung des Westens scheint in diesem Lichte unangiebig. Eisenhowers Gegner lassen deshalb den Ruf nach einer kühneren, wendigeren Diplomatie ertönen, und dieser Ruf wird in den kommenden Monaten noch oft wiederholt werden. Vielleicht können die Kritiker sogar einen Grundstock neuer Ideen liefern.

Die Hilfe an das Ausland wird vielleicht verstärkt

Das diplomatische Vordringen der Russen in Ägypten, ihre stetige Durchdringung Afghanistans und ihre Angebote an Indien und Burma haben gewisse Leute in Washington davon überzeugt, daß die Haltung der Regierung gegenüber den Plänen für Auslandshilfe radikal geändert werden muß. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden ständig reduziert, und man hatte gehofft, sie in den Jahren 1956

und 1957 noch weiter einschränken zu können. Es kann aber sein, daß der einzige Weg, den Kommunisten Einhalt zu gebieten, der ist, ihre Höchstofferte zu überbieten, das heißt mehr zu leisten für Indien, Burma, Indonesien und weitere Länder im Mittleren Osten. Es ist wahrscheinlich, daß wenigstens die stufenweise Herabsetzung der amerikanischen Hilfeleistungen zum Stillstand gebracht wird, und man darf sogar hoffen, daß eine Erweiterung des Hilfsprogramms erfolgen wird.

Es steht praktisch fest, daß die amerikanischen Streitkräfte nicht weiter reduziert werden sollen. Man wird beim heutigen Stand bleiben, doch wird die Verteuerung der militärischen Ausrüstung Washington zwingen, für die militärischen Vorbereitungen in den kommenden zwei oder drei Jahren mehr und nicht weniger auszugeben.

Unruhen im Fernen Osten?

In der Zeit unmittelbar vor und nach dem Treffen auf höchster Ebene beruhigte sich die Lage im Fernen Osten. Man nahm in Washington an, das kommunistische China sei entschlossen, das Risiko eines Krieges nicht auf sich zu nehmen. Die Chinesen schienen ihre Zeit abwarten zu wollen, um inzwischen ihre militärischen Kräfte auszubauen und die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen Ost und West zu verfolgen. Man nahm ferner an, daß das Nachlassen des rotchinesischen Druckes wenigstens teilweise dem mäßigenden Einfluß des Kremls zuzuschreiben sei.

Heute jedoch reden und handeln die Führer im Kreml wieder unnachgiebig. Das Ende der diplomatischen Verhandlungen ist ein Mißerfolg, und es ist sehr wenig Aussicht vorhanden, daß der «Geist von Genf» in absehbarer Zeit neu erweckt werden kann. Wie lange wird deshalb Rotchina noch zuwarten?

Washington ist unsicher und nervös. Man rechnet damit, daß Peiping seine Zurückhaltung bald aufgeben und zu neuen aggressiven Handlungen übergehen wird.

Ausschau

Der Präsident erholt sich zusehends. Er übernimmt seine Pflichten wieder mehr und mehr. Bis zum Beginn des nächsten Jahres sollte er wieder imstande sein, seine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Weltgeschehens zu übernehmen. Wir dürfen sicher sein, daß er, wenn er auch entmutigt sein mag, in seinen Bemühungen nicht nachlassen wird. Es ist sein größter Ehrgeiz, in dieser Hinsicht wenigstens teilweise erfolgreich zu sein. Seine Aufgabe ist jedoch heute noch größer als vor seiner Erkrankung. Das Wahljahr mit seiner hochgespannten politischen Atmosphäre erschwert seine Arbeit, und er kann nicht mehr damit rechnen, die Parteipolitik von der Außenpolitik fernzuhalten. Außerdem wird sein Einfluß auf den Kongreß, auf seine eigene Partei und auf die Welt eher abnehmen, wenn er seinen Entschluß bekannt gibt, auf eine Kandidatur zu verzichten.

Schließlich kann es sein, daß die Russen beschließen, den Kalten Krieg bis nach den amerikanischen Wahlen fortzuführen, selbst wenn Eisenhower ein neues Programm aufstellen sollte. So trostlos es tönen mag, die Aussichten für das neue Jahr sind ungünstig: Wirren im In- und Ausland. Wir dürfen in der Tat froh sein, wenn es nichts Schlimmeres ist.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Die Ungarische Volksarmee und ihre Entwicklung bis 1955

Der nachfolgende Originalbericht ist den «Schweizer Monatsheften» von einem hochqualifizierten Fachmann zur Verfügung gestellt worden.

Ungarn hat von 1941 bis 1945 mit 8 Armeekorps, also mit namhaften Kräften, am Kriege teilgenommen. Nach der am 15. Oktober 1944 erfolgten Internierung seines Staatschefs, Admiral von Horthy, durch die nationalsozialistische Regierung setzte die Masse der königlich ungarischen Honvéd (Wehrmacht) mit ihren immer stärker ausgebluteten Verbänden den Kampf gegen die Sowjets — zunächst in West-Ungarn, sodann auf österreichischem Boden — bis zum Zusammenbruch im Mai 1945 fort.

Vom Antimilitarismus der KPU zur ersten Militärparade

Die in Debreczen gebildete «Provisorische Ungarische Regierung» unter General von Miklos, welche in den östlichen, bereits von der Sowjetarmee besetzten Teilen des Landes die Geschäfte führte, hatte inzwischen am 20. Januar 1945 in Moskau, mit Vertretern der Vereinten Nationen, den Waffenstillstand abgeschlossen. Dieses Abkommen verpflichtete die Debreczener Regierung zur Aufstellung von 8 Schützendivisionen für den Einsatz gegen Hitler-Deutschland, im Verbande der Vereinten Nationen. In Anbetracht des Materialmangels konnten aber bis Ende April 1945 nur die 1. und 6. Schützendivision der «Demokratischen Ungarischen Armee» aufgestellt werden. Sie wurden damals sogleich in den Raum von Wiener-Neustadt verschoben. Infolge der deutschen Kapitulation kamen sie jedoch nicht mehr zum Einsatz und wurden nach Kriegsende in ihren Garnisonen von Pécs, Kaposvár, Szekszárd allmählich demobilisiert. Die übrigen 6 Divisionen wurden nicht mehr aufgestellt.

Nach dem zweiten Weltkrieg war die wehrpolitische Lage Ungarns vorerst durch den Kampf der kommunistischen Partei um die totale Macht im Staate gekennzeichnet. Infolge der Besetzung durch die Sowjets fehlte aber Ungarn außenpolitisch der entsprechende Rückhalt vom «Westen» her.

Das Verteidigungsministerium stand zunächst unter der Kontrolle der zahlenmäßig überwiegenden Kleinlandwirtpartei. Dagegen lagen das budgetmäßig weit besser dotierte Innenministerium und dessen starke, kommunistisch infiltrierte Staatspolizei in den Händen der aufstrebenden, durch die einzige vorhandene sowjetische Besatzungsmacht in jeder Beziehung unterstützten kommunistischen Partei. Die Kommunisten und ihre Kollaboratoren beherrschten überdies den allmächtigen «Obersten Wirtschaftsrat». Damals wünschten die Kommunisten überhaupt keine Wehrmacht, da sie befürchteten, daß ihre kommunistisch durchsetzten Polizeikräfte durch eine größtenteils aus selbstbewußten Bauernsöhnen rekrutierte Wehrmacht allzuleicht ins Hintertreffen gedrückt worden wären. Deshalb wies diese Wehrmacht bis September 1948 lediglich folgende Verbände auf: die schon erwähnte 1. und 6. Schützendivision zu nur 3 Bataillonen, 3 Batterien und 1 Husaren-Eskadron — ein motorisiertes Schützenbataillon mit einer Panzerkampfwagenkompanie — einige Wachbataillone für den Garnisonsdienst in einigen größeren Städten — eine Technische Division für die Instandsetzung kriegszerstörter Brücken, Straßen, Eisenbahnen und Telegrapheneinrichtungen — einige

Mineurkompagnien und Minensuchboote für den Entminungsdienst — schließlich 15 Grenzjägerbataillone.

Diese Grenzjägerbataillone bildeten den eigentlichen Kern der Armee und unterstanden dem Chef der «Militärpolitischen Abteilung», General Pálfi — Österreicher, Kommunist und früherer äußerst ehrgeiziger Generalstabshauptmann, der nur pro forma dem Verteidigungsminister unterstellt war, tatsächlich aber als Exponent der gefürchteten sowjetischen NKWD und in Zusammenarbeit mit der nicht minder berüchtigten ungarischen Politischen Polizei (AVO) das ganze Land einem unerhörten Terror unterwarf.

Damals wurden viele der besten Frontoffiziere und Unteroffiziere der früheren königl. ung. Honvéd als «Kriegsverbrecher» eingekerkert, hingerichtet oder den Sowjets ausgeliefert. Parteigehörige Unteroffiziere, Arbeiter usw. rückten nach 6monatigen Kursen unmittelbar zu Hauptleuten, ja sogar zu Majoren und Regimentskommandanten auf. Die Kräfte, die in der neuen «Demokratischen Armee» zunächst Verwendung fanden, bestanden, wenigstens z. T., aus moralisch minderwertigen Elementen, aus politisch «bearbeiteten» früheren Rußland-Kriegsgefangenen, Deserteuren und sogenannten «Widerständlern».

Die Kader erhielten in dem Maß eine schärfere kommunistische Prägung, als die totale staatliche Verfügungsgewalt in die Hände der Kommunisten überging. So mußte zunächst die Kleinlandwirtepartei 1947 das Verteidigungsministerium der stark rotgefärbten Bauernpartei abtreten, und diese gab das Ressort im Herbst 1948 wieder an die Kommunistische Partei ab. Aber bereits 1948 hatte Pálfi die militärische Leitung der «Demokratischen Armee» als Generalinspektor übernommen. Fortab lautete die urplötzlich geänderte Parole der Kommunisten: «Ungarn braucht eine starke Armee, um die Erfolge des sozialistischen Aufbaues zu sichern!»

Der 9. September 1948 gilt als Geburtstag der ungarischen Volksarmee, als anlässlich des hundertsten Jahrestages der Gründung der Freiheitsarmee der Honvéds durch Ludwig Kossuth (1848) das kommunistische Regime in Budapest die erste große Militärparade im Rahmen glänzender Feierlichkeiten veranstaltete. Der Vorbeimarsch der kommunistischen Kadertruppen vor dem Opernhaus erweckte in den Zuschauern, die das Schauspiel sachlich und kritisch beobachteten, die tiefsten Besorgnisse. Sie mußten erkennen, daß es dem kommunistischen Regime seit 1945 gelungen war, sich auch in der neuen Armee eine Stütze zu bilden, geeignet, die Freiheitshoffnung der Bevölkerung zu entmutigen und das diktatorische Regime weiter zu verstärken.

Ungarns wehrpolitische Lage nach dem österreichischen Staatsvertrag

Die wehrpolitische Lage Ungarns zwischen 1947 und 1955 wurde bestimmt durch:

den Friedensvertrag von Paris (10. Februar 1947) — zweiseitige «intersozialistische» Abkommen zur gegenseitigen Hilfeleistung — Beistandspakt der Ungarischen Volksrepublik mit der UdSSR (Februar 1948 in Moskau) und entsprechende Verträge mit den übrigen Satelliten — Pakt von Warschau (14. Mai 1955).

Diese internationalen Vertragswerke stehen in offenem Widerspruch zueinander, da einerseits der Friedensvertrag Ungarn weitreichende Rüstungsbeschränkungen auferlegt; anderseits stipulieren die Abkommen von Moskau und Warschau zur wechselseitigen militärischen Hilfeleistung ein möglichst starkes, bewaffnetes Ungarn.

Obwohl der Friedensvertrag für Ungarn die Effektivbestände auf 70 000 Mann (mit 90 Flugzeugen, jedoch ohne Panzerkampfwagen und Bombenflugzeuge) begrenzte, wurden diese Einschränkungen mit sowjetischer Rückendeckung von der Budapester Regierung einfach nicht beachtet und damit der Friedensvertrag flagrant verletzt.

Für den Kreml ist Ungarn, geostrategisch betrachtet, ein überaus wichtiger Raum. Es gilt als russischer Aufmarschraum für alle eventuellen Operationen entlang dem Donautal gegen den Westen, ferner nach Südwesten gegen Italien, und schließlich kann von hier aus Tito-Jugoslawien in Schach gehalten werden. Der klassisch-historische Weg auf den Balkan führt vom ungarischen Raum ausgehend über Belgrad, dann entlang den Flüssen Morawa und Vardar bis Saloniki. Außerdem bietet Ungarn der Roten Armee wichtige Luftstützpunkte. Alles in allem bildet Ungarn das Sprungbrett für jede zukünftige sowjetische Planung in Richtung auf Südwest-Europa. Dies erklärt zur Genüge, weshalb die Sowjets nach der Räumung Österreichs ihre Truppen aus Ungarn, entgegen den Bestimmungen des Pariser Friedensvertrages von 1947, nicht zurückziehen möchten. War bis jetzt die Anwesenheit der sowjetischen Einheiten in Ungarn mit der Sicherung der Verbindungslinien zwischen der Sowjetunion und den in Österreich stationierten Besatzungstruppen begründet und der UdSSR vertraglich zugesichert, so wird der Kreml künftig die Anwesenheit von Sowjettruppen in Ungarn mit den Bestimmungen des Paktes von Warschau zu rechtfertigen trachten.

Formal «stichhaltige», sonstige Vorwände für sowjetische Garnisonen in Ungarn wird der Kreml ebenfalls mühelos finden: z. B. die notwendige Sicherung des ungarischen Raumes, mit Rücksicht auf die Verlegung der aus Österreich nach Oberitalien abgezogenen USA-Truppen; oder gar nur der einfache Hinweis auf eine Bitte des Budapester Regimes um Entsendung sowjetischer Ausbildungstruppen u. dgl.

Durch den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich rückt Ungarn ins vorderste Treffen des Ostblocks und gewinnt einen direkten Grenzanschluß mit dem freien Westen, ohne dazwischengeschobene sowjetisch besetzte Zone. An dieser Tatsache ändert auch die Neutralitätserklärung Österreichs nichts Entscheidendes. Anderseits bedeutet die Normalisierung der Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad für die Ungarische Volksrepublik eine Entlastung. Auch die derzeit noch unfreundlichen Beziehungen Budapest - Belgrad dürften sich bald «vorbildgetreu» bessern.

Wie immer auch die Lage sich künftig gestalten mag, muß man damit rechnen, daß der Kreml Ungarn als wertvolles Faustpfand weiterhin mit seinen Truppen besetzt halten wird. Wir glauben, daß das hieraus resultierende Problem erst jetzt eine gesamteuropäische Bedeutung gewinnt.

A u f b a u , G l i e d e r u n g , B e w a f f n u n g d e r «V o l k s a r m e e»

Die ungarische Volksarmee ist ihrem Wesen nach eine kommunistisch beherrschte Partei-Armee, welche sich in Heer, Luftstreitkräfte, Heimat-Fliegerabwehr, Fluß-Flottille und Grenzwache gliedert.

Einen Obersten Kriegsherrn kennt die volksdemokratische Verfassung nicht. Der Verteidigungsminister (Honvédelmi Miniszter), gleichzeitig auch Mitglied des kommunistischen Polit-Büros, ist höchster Vorgesetzter und effektiver Befehlshaber. Er wird in seinem Ressort durch den Generalstabschef, die Waffenchiefs und den sowjetischen Militärberater-Stab unterstützt.

Die aktive Dienstplicht beträgt im allgemeinen 24 Monate, nur für die Spezialwaffen sind 36 Monate vorgeschrieben. — Die Rekruten werden in ihrem

20. Lebensjahr zur aktiven Dienstleistung herangezogen. Die Stärke eines eingerückten Rekrutenjahrganges beträgt bei einer Bevölkerung von 9 Millionen: 60—70 000 Mann. Die Stärke der gesamten Armee erreicht daher, mit 2½ Jahrängen gerechnet, ca. 150 000 Mann, wozu noch zusätzlich 30—40 000 Berufssoldaten (Offiziere und Unteroffiziere) kommen.

Dem Beispiel der Sowjetunion folgend, haben im September 1955 die europäischen Satellitenstaaten eine Verringerung ihrer Truppenstärken angekündigt. Bis zum Jahresende 1955 soll Ungarn 20 000 Mann demobilisieren. Im November 1955 verfügten die europäischen Volksdemokratien auch eine Verkürzung der militärischen Dienstzeiten, wobei die Wehrpflicht immer noch zwei, für Spezialwaffen drei Jahre beträgt.

Militärisch betrachtet, bedeutet in den Zeiten der modernen Waffentechnik selbst eine 10—15%ige Senkung des Mannschaftsstandes keine Schwächung der Schlag- und Kampfkraft eines Heeres, werden doch diese in erster Linie durch die qualitative und quantitative Bewaffnung sowie durch die Ausrüstung bestimmt. Diese Reduktion betrifft Infanteristen, keineswegs aber die Bedienung der Kollektivwaffen noch die Besatzungen der Panzerwaffe oder Flugzeuge, geschweige denn die Zahl der Berufssoldaten. Unter den gegebenen Verhältnissen haben deshalb diese Maßnahmen lediglich die Bedeutung einer propagandistischen Geste.

Die antikommunistischen Elemente (Söhne der «Kulaken» etc.) leisten ihren aktiven Militärdienst ohne Waffen in Arbeitsbataillonen der Volksarmee, welche zu umfangreichen Bauarbeiten, wie Straßen-, Brücken-, Flugplatzbauten etc. eingesetzt werden.

Die Ergänzung ist eine exterritoriale, d. h. niemand dient in einer Truppe, welche im Heimatdepartement (Komitát) des Dienstpflchtigen stationiert ist. — Die Wehrkreiskommandos versehen den gesamten Verwaltungsdienst. Ihre Stäbe befinden sich in Budapest, Pécs, Szeged und Debreczen. — Das *Heer* verfügt über 3 motorisierte und 6 Schützendivisionen (1 Infanterieregiment ist motorisiert), ferner über eine Fallschirmjägerbrigade zu 3 Bataillonen. An Heeresstruppen sind 4 Artillerie- und 2 Technische Brigaden aufgestellt. — Alle diese Heereskörper, welche hauptsächlich in West- und Südgarn stationieren, werden durch 3 Generalkommandos kontrolliert. — Je eine Husaren schwadron zu Pferd ist in den Aufklärungsabteilungen der Schützendivisionen beibehalten worden. — Obgleich der Friedensvertrag die Panzerkräfte kategorisch verboten hat, ist die ungarische «Volksarmee» stark an Panzerkräften. Die motorisierten Divisionen verfügen über je 150 Panzer der Typen T-34, SU-76 und noch schwerere. Jede Schützendivision zählt ca. 50 T-34-Panzerwagen und Sturmgeschütze. Im großen ganzen beträgt die Zahl der Panzerkampfwagen und Sturmgeschütze der «Volksarmee» rund 800 Stück. — Die Artillerie der operativen Heeresverbände verfügt über 122-mm-Haubitzen und 120-mm-Granatwerfer. Die schwereren Kaliber, 152 mm und 230 mm, sowie die Salvengeschütze (Stalinorgeln) sind in den Artillerie-Brigaden vertreten.

Die Luftstreitkräfte sind in einer Jagdflieger- und einer Bombenflieger-Division zusammengezogen. Die Jagdverbände verfügen über Düsenflugzeuge Typus MIG-15, die Bombereinheiten besitzen Jagdbomber, überdies auch 4motorige schwere Bombenflugzeuge. Die Zahl der Kampfflugzeuge beträgt etwa 400. — Außerdem sind Aufklärungsflieger und Transportflieger-Staffeln, einige Fliegerhorstbataillone und Luftwaffensignal kompanien vorhanden. — Die mehr als 30 Flugplätze, darunter einige modernst ausgebaut, mit über 3 km langen Betonstartbahnen, wie in Pápa, Székesfehérvár, Kaposvár, Kecskemét, Kunmadaras etc., übersteigen bei weitem den Bedarf der ungarischen Luftstreitkräfte. Diese Flugplätze müssen daher als *sowjetische Luftstützpunkte* angesehen werden.

Dem Landesluftschutz-Kommando sind die beiden Flab-Divisionen zu je 4 Flab-Artillerie-Regimentern mit 85-mm-Geschützen und ein Radar-Regiment unterstellt. Ein Radar-System überwacht ständig den gesamten ungarischen Luftraum, und es stehen Flab-Batterien und Jagdflieger in ständiger Abwehrbereitschaft. — Die Fluss-Flottille auf der Donau und der Theiß (Tisza) verfügt über einige gepanzerte Kanonen-, Patrouillen- und Minensuchboote. — Die Grenzwache ist in polizeilicher Hinsicht der Politischen Polizei (AVO), in militärischen Grenzschutzfragen dem Verteidigungsminister unterstellt. Es gibt 10 Grenzwachbrigaden zu je 4—5 Bataillonen, von welchen eines als Reserve (motorisiert) ausgeschieden ist. Die Grenzwache verfügt nur über Infanterie-Verbände, welche jedoch zusätzlich mit schweren Waffen ausgerüstet sind. Am stärksten ist die Grenzbewachung entlang der österreichischen und jugoslawischen Grenze. Die Mannschaften der Grenzwache werden nach den gleichen Grundsätzen wie alle Waffendienstlichen rekrutiert, außerdem aber politisch besonders überprüft.

Führung, Ausbildung, politische Kontrolle

Unmittelbar nach 1945 wurde das *Offizierskorps*, wie in allen Revolutionsarmeen, zunächst mit entsprechenden Elementen aufgefüllt. Bis auf wenige Hauptleute und Leutnants wurden die ehemaligen Berufsoffiziere allmählich entlassen. Es dienen zur Zeit nurmehr einige Stabsoffiziere der früheren königl. ung. Honvéd, z. B. als Lehrer in Fachkursen usw.

Von dem Nachwuchs in den Offiziersschulen verlangt man schon seit 1952 — neben proletarischer Herkunft und einer Empfehlung durch die kommunistische Partei — das Maturitätszeugnis und ein Jahr Truppendienst in einem Regiment. Nach zweijährigem Kurs werden die Absolventen der Offiziersschulen als Leutnants zur Truppe eingeteilt. — Im Vergleich zu den Altersstufen der Einheitskommandanten westlicher Armeen ist das Offizierskorps sehr jung. Als Regimentskommandanten gibt es z. B. Majore oder Hauptleute mit 35—40 Jahren. Die Bataillonskommandanten sind Oberleutnants und Hauptleute im Alter von 28 bis 30 Jahren.

Die Generalstabsoffiziere werden nach entsprechender Auswahl auf die Frunse-Akademie nach Moskau kommandiert, wo sie mit Offizieren der übrigen Satellitenstaaten und der UdSSR gemeinsam und einheitlich ausgebildet werden. Die Vortragssprache ist selbstverständlich die russische. Diese Ausbildung gewährleistet die Anwendung der russischen Führungsprinzipien und vereinheitlicht die taktischen und operativen Auffassungen in allen Satelliten-Armeen.

Die heutigen höchsten Vorgesetzten der «Volksarmee» sind ehemalige ungarische Kriegsgefangene aus dem ersten Weltkrieg, die damals als Jungkommunisten in der Sowjetunion Aufnahme fanden. Sie haben dort ihre militärische Laufbahn zurückgelegt und in den Reihen der Roten Armee am zweiten Weltkrieg, auch sogar als Regimentskommandanten, teilgenommen. Sie müssen als kriegserfahrene, vollwertig ausgebildete militärische Führer eingeschätzt werden, wie der Verteidigungsminister General *Batta*, der Generalstabchef, General *Tóth*, dann die Generäle *Házi*, *Uszta*, *Valencsak* etc. Es gibt auch einige hohe Offiziere, die in Spanien gekämpft haben, wie z. B. General *Szalvai*.

Man kann sagen, daß gegenwärtig die höchsten und untersten Offiziersränge fachlich gut ausgebildet sind, hingegen die mittlere Führung (Hauptleute, Majore) den Erfordernissen nicht entspricht. Die letzteren wurden, wie erwähnt, gleich nach 1945 aus politischen Rücksichten und ohne genügende Ausbildung in die «Demokratische Armee» eingestellt.

Die Ausbildung ist, wie dies auch für alle anderen Satelliten-Armeen gilt, jener der Roten Armee angeglichen. Diese Einheitlichkeit erreicht man durch die

Kommandierung ungarischer Offiziere zu Fachkursen und Ausbildungslagern in der UdSSR, beziehungsweise durch die Entsendung sowjetischer Offiziere nach Ungarn.

Die Truppenausbildung ist überaus zweckentsprechend. Die Truppe lebt viel im Gelände, bei jeder Witterung und zu jeder Jahresszeit. Viele Gefechtsübungen mit Scharfschießen, feldmäßig in gemischten Verbänden durchgeführt (Infanterie, Artillerie, Panzerkampfwagen und Flieger), bilden die Regel. Die taktischen Reglements sind auf die sowjetischen Prinzipien und Kriegserfahrungen abgestimmt.

Jeder Verband, bis herunter zum Bataillon, verfügt über einen Politischen Offizier, jede Kompanie, Batterie etc. über einen Politischen Unteroffizier. Diese sind für die politische Schulung ihrer Einheiten verantwortlich und üben dort die politische Kontrolle aus. Die Politischen Offiziere, bzw. Unteroffiziere, versetzen ihren Dienst innerhalb ihrer eigenen Hierarchie und erstatten Meldung über Dienstvorgänge, den Geist und die politische Haltung und Erziehung der Truppe unmittelbar dem nächsthöheren Politischen Offizier — unter Ausschaltung der Kommandanten.

Da die meisten Offiziere dem kommunistischen Regime, dem sie ihre Karriere und soziale Vorzugsstellung verdanken, ergeben sind, lehnt die Mannschaft sie beinahe restlos ab.

Der Panzer- und Luftwaffe, den Signal- und Grenztruppen werden nur ausgesuchte, kommunistisch überprüfte Militärflichtige zugeteilt. Dennoch laufen aus der Grenzwache wöchentlich einige Angehörige mit voller Ausrüstung und Bewaffnung nach Österreich über, da sie sich mit dem Kommunismus nicht abfinden können.

Die Bewaffnung und Ausrüstung ist modern, einwandfrei und besteht einheitlich aus sowjetischem Material.

Der Dienst wird sehr streng gehandhabt. Die Einheitsführer, angefangen beim Unteroffizier, verfügen über Ordnungs- und Disziplinar-Strafgewalt, wie Sold-, Ausgangsentzug, Arrest. Es gibt keine Soldatenräte oder Vertrauensmänner in den Einheiten, dafür um so mehr «Spitzel» der Politischen Offiziere. Die Pflicht der Ehrenbezeugung gegenüber allen Höheren und Vorgesetzten besteht in und außer Dienst. Auch tagsüber darf die Mannschaft in ihrer dienstfreien Zeit die Kaserne oder das Lager nur mit Bewilligung verlassen.

Schlüssefolgerungen

Die ungarische «Volksarmee» bildet schon im Frieden einen integrierenden Teil der Ostblock-Streitkräfte, unter der einheitlichen Führung des Sowjetmarschalls Konjew. Mit der polnischen und tschechoslowakischen Armee zählt sie zu den bestausgerüsteten und stärksten aller «Volksarmeen». Die völlige Gleichschaltung der «Volksarmeen» erleichtert im Kriegsfall die einheitliche Führung und Versorgung.

Die starken Artillerie- und Panzerkräfte verleihen der ungarischen Volksarmee eine beachtliche Durchschlagskraft, die dank der Mitwirkung ihrer taktischen Luftstreitkräfte noch gesteigert wird. Der ungarischen Volksarmee kommt im Kriegsfalle die Aufgabe einer Vorhut zu: die Sicherung des sowjetischen Aufmarsches und der Luftstützpunkte im ungarischen Raum. Zu diesem Zweck wird sie aber bereits im Frieden durch die in Ungarn stationierten sowjetischen Divisionen und Luftwaffeneinheiten noch zusätzlich verstärkt.

Die bedenklichste Schwäche der ungarischen Volksarmee ergibt sich aus der antikommunistischen Einstellung der Mannschaften und Reserveoffiziere.

Anfangserfolge werden im Kriegsfalle sicherlich den Geist der Truppen vorübergehend heben, doch wird dieser nach den ersten ernsteren Niederlagen zusehends

dahinschwinden, und die Truppen werden bald versagen und eine andere Orientierung suchen. Dieser Unsicherheitsfaktor ist nicht zu unterschätzen. Denn es geht auch in der modernen Kriegsführung und bei militärischen Entscheidungen nach wie vor um den *Mann* und um seine *Moral*. Ohne diese werden beste Waffen und Ausrüstung, selbst eine glänzende Ausbildung und Führung *wertlos*.

Copyright for «Schweizer Monatshefte».

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Der Bereich unserer periodischen Berichterstattung über die Wirtschaftspresse der letzten Monate ist heute um die folgenden Zeitschriften zu erweitern: das *Internationale Gewerbeearchiv*; es wird als neue Folge der «Gewerblichen Dokumentation» vom Schweizerischen Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Handels-Hochschule St. Gallen in vierteljährlichem Erscheinen herausgegeben und ist für die Wahrnehmung der Interessen der selbständigen Mittel- und Kleinbetriebe in Handwerk und Handel als lebensfähiger Unterbau der heutigen privatwirtschaftlichen Organisation bestimmt. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes sodann läßt in Köln seine *Gewerkschaftlichen Monatshefte* als Plattform zur Aussprache über brennende Wirtschafts- und Sozialfragen drucken. *Die Weltwirtschaft*, eine Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, für welche der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. *Fritz Baade* verantwortlich zeichnet, bringt regelmäßig einen weltwirtschaftlichen Überblick und Einzelreferate über die ökonomische Situation in den bedeutenderen Ländern der Erde. Die *Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank* mit ihrem wertvollen Material aus der Handels- und Banksphäre in der Schweiz und in der Welt sind hier im Lande zu angesehen und verbreitet, als daß sie noch einer eingehenderen Charakterisierung bedürften. Endlich redigiert Dr. *Volkmar Muthe-sius*, den Lesern der «Schweizer Monatshefte» kein Unbekannter, seit Mai 1955 die *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik* im Fritz Knapp Verlag, Frankfurt a. M., deren Titel das Programm für ihren Inhalt abgibt.

EZU und Konvertierbarkeit

Es ist kennzeichnend für seinen Einfluß auf die Zukunft in der Weltwirtschaft, daß von ihren akuten Problemen dasjenige der *Konvertierbarkeit der Währungen*, im Zusammenhang mit Bestand und Aufgaben der *Europäischen Zahlungsunion (EZU)*, von den wirtschaftlichen Zeitschriften in der Berichtsperiode in den Vordergrund gerückt wird. Übereinstimmend betonen die Blätter die Zweckmäßigkeit, die EZU bis Mitte 1956 zu verlängern (inzwischen geschehen); sie sind sich auch einig in dem Wunsch nach Herbeiführung der Währungs-Konvertierbarkeit; indessen findet man noch graduelle Unterschiede in ihrer Begriffsbestimmung. Hier scheint uns die Definition, die Prof. Dr. *Hans Bachmann* («Die Kontrolle des internationalen Zahlungsverkehrs» in Heft III/54 der *Außenwirtschaft*) gibt, noch am ehesten den handelspolitischen Umständen zu entsprechen: «Unter Konvertibilität ist das Recht des Besitzers von Zahlungsmitteln verstanden, damit innerhalb seines Währungsgebietes Gold oder fremde Währungen zu kaufen, unter Trans-

ferabilität sein Recht, seine Zahlungsmittel nach anderen Währungsräumen zu übertragen.» Ein Referat, das in der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank deren Präsident Prof. Paul Keller über Kapitalexport, EZU und Konvertibilität erstattet hat, begegnet einer lebhaften Anteilnahme der Zeitschriften (so *La Suisse Horlogère*, Nr. 13/55, und die *Revue Economique Franco-Suisse*, Nr. 9/55); aus diesem Vortrag soll nur der klassische Satz hier wiedergegeben werden: «Es ist unter dem schweizerischen Blickwinkel von entscheidender Bedeutung, die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit überall dort zu fördern, wo die realen Voraussetzungen hierfür gegeben sind; aus ihr entsteht das friedliche Nebeneinander von Wirtschaftskreisen, die ihr Bestes zur allgemeinen Wohlfahrt beitragen.» Weiter hält *La Suisse Horlogère* (Nr. 8/55) fest, daß die Stellung der Schweiz in der EZU 1954 viel ausgeglichener war als in den früheren Jahren. Die Uhrenindustrie, die fast die Gesamtheit ihrer Produktion ausführt, könne mit Genugtuung auf die schweizerische Mithilfe in der EZU und der europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) bei ihren Bemühungen um Freiheit im Warenaustausch und Zahlungsverkehr zurückblicken. An anderer Stelle ist nach derselben Zeitschrift (Nr. 17/55) die Konvertierbarkeit zwar auf dem Marsch, aber noch viele Hindernisse sind bis zu ihrer Verwirklichung zu passieren. Die Mittel des Weltwährungsfonds einzuspannen, ist gewiß nützlich. Indessen, sie genügen nicht: ein europäischer Fonds kann die Konvertierbarkeit in stärkerem Maße erleichtern. In ähnlichem Sinne äußert sich der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», S. Wolf, in Nr. 6/55 der *Revue Economique Franco-Suisse*. In der *Außenwirtschaft* des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen (Nr. IV/54) beschäftigt sich Prof. Dr. Robert Triffin von der Yale-Universität mit den Bedingungen, die an eine allgemeine Konvertierbarkeit zu stellen sind, vor allem dem zu schaffenden Ausgleichsorganismus beim Zahlungsverkehr. In Heft I/55 ebendort macht sich der Wirtschaftsberater der Ägyptischen Nationalbank, N. Körtner, Gedanken über die Konvertierbarkeit; er meint: «sie kann man nur durch Wiederbelebung der vor 1914 obwaltenden freien Marktwirtschaft und durch Preisgabe der nach nationalen Gesichtspunkten ausgerichteten Geldpolitik erreichen». Auch für den Berner Professor Dr. Alfred Amonn in der Frankfurter *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* (Heft 1/55) kann nur die Goldwährung die vollkommene Konvertierbarkeit garantieren; sie ist nach Meinung des Autors am meisten gegen Störungen gefeit. Wilhelm Hankel und Günther Küchenhoff betonen (Heft 3/55), daß bei dem Kampf um die Konvertierbarkeit, die unser Ziel bleibt, die handelspolitische Perspektive besonders zu beachten sei. Fred Hirsch, London, beleuchtet in Heft 11/55 («Der freieren Wirtschaft Bewährungsprobe») die Wellenlinien in der britischen Sterlingpolitik. W. Bruppacher von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu Basel gibt in Nr. 4/54 der *Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* eine unternachende Darstellung von dem Mechanismus der EZU. Auch der Hamburger *Wirtschaftsdienst* widmet die «Abhandlungen» seiner Nr. 3/55 der Konvertierbarkeit in Wechselwirkung mit der Wirtschaftspolitik: nach Dr. Werner Gatz, Kiel, ist die Konvertierbarkeit, die er übrigens für eines der Mittel zur Förderung des Welthandels hält, nach wie vor, trotz ihrer geringen Fortschritte in den vergangenen Jahren, durchaus aktuell, und Prof. Dr. Dr. Richard Kerschagl, Wien, untersucht die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem und Konvertierbarkeit. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* endlich begleitet in Nr. 19/55 den Entschluß des Bundesrates, die Mitgliedschaft der Schweiz in der EZU zu verlängern, mit dem Wunsche, durch sukzessive Erhöhung der Goldzahlung in der Abrechnung der EZU deren Fernziel, der Wiederherstellung der allgemeinen Konvertierbarkeit, näher zu rücken.

Internationale Handelspolitik

Aus dem Gebiet der internationalen Handelspolitik sind das Genfer *Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen* (das berühmte GATT), die *Liberalisierung* und die zwischenstaatliche *Integration* die Themen, denen in der Berichtsperiode einige der behandelten Zeitschriften ihre Spalten öffnen. So beklagt *La Suisse Horlogère* (Nr. 14/55) auf der einen Seite mit Recht die unzulänglichen Resultate in der bei ihrer Drucklegung gerade beendeten 9. GATT-Konferenz; sie begrüßt andererseits als eines der spärlichen konstruktiven Verhandlungs-Ergebnisse die Konstituierung der «Organization for Trade Cooperation (OTC)», mit der das GATT endlich ein permanentes Vollzugsbüro erhalten hat. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* gibt in Nr. 10/55 den Gründen Ausdruck, die für die Schweiz bestehen, einen Anschluß an das GATT nicht zu forcieren. Als drittes Presseorgan bringt der *Wirtschaftsdienst* (Heft 4/55) für seine Leser eine Schilderung von Entwicklung und Revision des GATT. — Es entspricht dem Programm der *Suisse Horlogère*, wenn sie, hinsichtlich der internationalen *Liberalisierung* des Warenverkehrs, auf die Uhrenausfuhr ihr Hauptgewicht legt. In Nr. 13/55 wird hier mit Nachdruck die Notwendigkeit hervorgehoben, Schweizer Uhren beim Export nach Frankreich mehr als bisher von Handelshemmnissen zu befreien, und Nr. 18/55 spricht an Hand von Einzelbeispielen den Wunsch aus, daß allgemein in Europa die Absatzbedingungen für Schweizer Uhren beträchtlich verbessert werden möchten. Auch für die *Revue Economique Franco-Suisse* (Nr. 1/55) hat Frankreich, trotz seiner Erhöhung der Quote auf 75%, in Sachen der Liberalisierung noch lange nicht genug getan. Die Motive für die Liberalisierungspolitik der französischen Regierung setzt im gleichen Heft Roger Nathan auseinander, der Vorsitzende der amtlichen «Commission d'étude sur la disparité entre les prix français et étrangers». Schließlich enthält auch die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* (Nr. 6/55) einen Artikel über die neue Etappe in der Liberalisierung. — Es fällt auf, daß das Thema der vielfäumkämpften und von Rückschlägen begleiteten europäischen *Integration* fast völlig aus dem Repertoire der Wirtschaftszeitschriften verschwunden ist. Hier sind es lediglich die *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, in deren Heft 4/55 Dr. Egon Tuchtfeld über ihren Stand berichtet; er verweist darauf, daß sie neuer Impulse dringend bedarf. In der Juliausgabe 1955 der gleichen Zeitschrift verbreitet sich Dr. Heinz Potthoff über «Aufgaben und Möglichkeiten europäischer Integration», die er für nur durchführbar anspricht, wenn die «beteiligten Gruppen und Parteien in den einzelnen Ländern ihren Willen zu einem europäischen Zusammenschluß von Dauer klar und unmissverständlich zu erkennen geben.»

In Verbindung mit der Berichterstattung über den Komplex der Konvertierbarkeit sei wenigstens mit kurzen Strichen der *Steuerprobleme* gedacht, soweit sie in den Wirtschaftszeitschriften der letzten Monate ihren Niederschlag gefunden haben. Für das internationale Steuerrecht lieferte wie früher so auch jetzt das *Internationale Steuerdokumentations-Büro* in Amsterdam zuverlässiges Material. Bei ihren Überlegungen auf dem Gebiet der eidgenössischen Finanzordnung kommt *La Suisse Horlogère* (Nr. 12/55) zu dem Ergebnis, daß sich eine direkte Bundessteuer nach 1958 nur dann als notwendig erweisen könne, wenn neue Aufgaben von der Schweiz übernommen werden müßten. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* beschäftigt sich in einem Artikel von Privatdozent Dr. H. Herold, Zürich (Nr. 12/55), mit den Änderungen des Wehrsteuergesetzes für 1955 bis 1958, und sie empfiehlt (in Nr. 24/55), bei dem in der Bundesversammlung angeregten Steuerabbau insbesondere die Wehrsteuer kräftig zu senken. Das *Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt* bezeichnet die Wehrsteuerpraxis bei der Belastung von Gratis-Nennwerterhöhungen und -aktien als unhaltbar und begrüßt deshalb ebenso wie der *Monat des Schweizerischen Bankvereins* die von den Wehrsteuerbehörden zugestandenen Milderungen bezüglich der Gratisaktien amerikanischer Gesellschaften,

denen weitere Erleichterungen folgen sollten. Dasselbe «Bulletin» referiert auch über das Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Frankreich vom 20. 1. 1955, das *Bulletin* Nr. 4/55 des *Schweizerischen Bankvereins* ebenso über das mit Großbritannien vom 30. September 1954. In Heft 11/54 der *Steuer-Revue* bespricht Dr. Heinz Schmutz die neue Verwaltungskontrolle im Bund.

Amerikanische Handelspolitik

Die vorjährige Erhöhung der amerikanischen Zollansätze für Uhren und Uhrwerke wirkte auch in der Berichtsperiode auf die Schweizer Wirtschaftspresse noch erregend und veranlaßte sie zu argwöhnischer Beobachtung der Handelspolitik in den USA. In diesem Sinne verweist ein in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 24. 6. 1955 zitiertes Kreisschreiben des Schweiz. Handels- und Industrievereins darauf, daß die als Ausgleich für die erhöhten Uhrenzölle gedachten amerikanischen Konzessionen im Zusatzvertrag vom 8. 6. 1955 zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA vom 9. 1. 1936 von der Schweiz nicht als ausreichend betrachtet werden können. Und *Le Suisse Horlogère* begleitet die Billigung des für die amerikanische Handelspolitik entscheidenden *Reciprocal Trade Agreements Act* durch den Senat am 4. 5. 1955 mit der Bemerkung, daß die Verschlechterung der liberalen Regierungsvorlage im Parlament, insbesondere die neue Bestimmung, wonach die Einfuhr quantitativen Beschränkungen unterworfen werden muß, «wenn sie einen für die Landesverteidigung wesentlichen Industriezweig bedroht», ein schlechtes Vorzeichen für den Export nach drüben bedeutet.

Der Gedanke, die sogenannten *rückständigen Gebiete* der Welt («underdeveloped areas» oder «pays arriérés») krisenfester zu machen, so ihre Widerstandskraft gegen kommunistische Infiltration zu stärken und sie gleichzeitig zu Rohstofflieferanten und Abnehmern der westlichen Industriestaaten zu entwickeln, hat meines Wissens mit der gewählten prägnanten Formulierung zum ersten Male in der Erklärung des amerikanischen Präsidenten Truman zur Regierungsübernahme vom 20. 2. 1949 («Punkt-Vier-Programm») seinen Ausdruck und für das britische Weltreich in dem bekannten Colomboplan vom Januar 1950 den bis jetzt sichtbarsten Niederschlag gefunden. Wie früher, so regte er auch während der letzten Monate die Phantasie der Wirtschaftszeitschriften lebhaft an. Im *Kyklos*, der Internationalen Zeitschrift für Sozialwissenschaften aus dem Francke Verlag (Bern), Vol. VI, Fasz. III, stoßen wir auf eine Arbeit von *Federico Chessa* der Universität Genua über «die unentwickelten Gebiete und den wirtschaftlichen Fortschritt». Der Verfasser sieht anders als es sonst üblich ist, das grundlegende Charakteristikum für diese Regionen nicht im durchschnittlich niedrigen Einkommen ihrer Bewohner, sondern in der unzureichenden Produktion, nicht ausreichend, um den Aufwand mit den Erträgen des Bodens zu decken. Auch der Hamburger *Wirtschaftsdienst* macht sich zum Vorkämpfer für die Unterstützung der notleidenden Länder. Sie wird von Dr. Clodwig Käppeler in Heft 1/55 als eine internationale Verpflichtung bezeichnet; und die Hefte 2 und 3 des laufenden Jahrganges derselben Zeitschrift nennen die ökonomischen Erschließungsprojekte eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Im New Yorker Wirtschaftsmagazin *Challenge* vom November 1954 macht *Elliott Haynes* darauf aufmerksam, daß in der neuen Phase des kalten Krieges die USA kurzfristig militärische Hilfe zu leisten und auf längere Dauer wirtschaftliche Entwicklungsprogramme für andere Länder aufzustellen haben. Bemerkt sei schließlich noch, daß der *Schweizerische Bankverein* in seinem *Bulletin* Nr. 2 einen umfassenden und instruktiven Bericht über Entwicklung und Stand der wirtschaftlichen Förderung für die rückständigen Regionen wiedergibt.

West-östliche Spannung

Entsprechend ihrer für die Zukunft der Welt schlechthin entscheidenden Bedeutung nehmen in der hier zu behandelnden Wirtschaftspresse die *Probleme*, die aus der *west-östlichen Spannung* erwachsen, einen breiten Raum ein. Zur Frage der *Koexistenz* äußert sich zunächst *La Suisse Horlogère* in Nr. 10/55; sie fragt sich ein wenig besorgt, ob ein friedliches Nebeneinanderleben der kapitalistischen und kommunistischen Länder wirklich erreichbar ist, ob uns der Weg über die «coexistence-trêve» des Ostens und die «coexistence passive» des Westens zu der aktiven Zusammenarbeit Nehruscher Prägung führen wird. Der *Wirtschaftsdienst* vom Januar 1955 nennt das Schlagwort «Koexistenz» eine Ausrede für das Eingeständnis der Ausweglosigkeit in der politischen Situation. Neues enthalte der Begriff nur dann, wenn man ihn auf deutsch mit «Pulverfaß» oder «latenter Atombombe» übersetze. — Der Wunsch nach Kräftigung des *Warenaustausches zwischen West und Ost* lässt uns jede Meldung zur Unterrichtung über die wirtschaftlichen Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang begrüßen. Wir lesen deshalb mit Aufmerksamkeit im *Wirtschaftsdienst* Nr. 1/55 einen reichlich auf statistischem Material aufgebauten Aufsatz von Dr. *W. Hildebrandt* über den *Ostblock als Wirtschaftsmacht* und wollen ihm zwei für unsere Leser lehrreiche Zahlenzusammenstellungen entnehmen:

1. Vom Standard der USA aus gesehen (= 100) ergeben sich für 1953 folgende Vergleichsziffern:

Land	Kulturland je Traktor	Stahlerzeugung je Einwohner	Stromverbrauch je Einwohner
USA	100	100	100
Westdeutschland	142	48	36
Sowjetunion	830	29	20

2. Die Ausfuhr des Ostblocks nach und seine Einfuhr aus Westeuropa entwickelten sich während der drei letzten Jahre wie folgt (in Mill. Dollar):

Land	Export nach Westeuropa (cif)					Import aus Westeuropa (fob)				
	1952		1953		1954	1952		1953		1954
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Sowjetunion	217	166	115	218	162	124	131	103	209	206
Polen	124	134	110	124	97	85	87	75	80	80
Tschechoslowakei	83	74	68	80	69	64	47	39	44	58
Ostdeutschland	46	44	38	46	51	41	36	40	53	58
Ungarn	29	32	18	27	25	34	33	31	36	51
Rumänien	14	12	26	23	24	18	27	36	20	15
Bulgarien	7	8	11	15	12	3	8	11	12	10
Insgesamt	520	470	386	533	440	369	369	335	454	478

Der aufmerksame Beobachter wird der letzten Statistik entnehmen können, daß in dieser Entwicklung schon der Keim des Zustandes liegt, der einen der besten Kenner weltwirtschaftlicher Verhältnisse, den bisherigen Leiter des amerikanischen Amtes für Auslandshilfe, *Harold Stassen*, zu der besorgten Feststellung veranlaßt hat, die noch 1954 für den Westen günstige Gestaltung des Handelsverkehrs mit Osteuropa beginne sich augenblicklich in ihr Gegenteil zu verkehren. Deutschland speziell ist es, dessen Wirtschaft durch die Abkapselung des kommunistischen Ostens am stärksten betroffen wurde. Daraüber berichtet der *Wirtschaftsdienst* vom Mai 1955: der Anteil des Importes aus Osteuropa an der deutschen Gesamteinfuhr ist von 13,4% im Jahresdurchschnitt 1936/38 1954 auf 1,9% gefallen, die entsprechenden Zahlen des Exportes belaufen sich sogar auf 13,1 und 1,5%.

Sowjetwirtschaft

Unter den sonstigen spärlichen Nachrichten aus dem Bereich der Sowjetwirtschaft wäre auf eine Abhandlung in Nr. 9/55 der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* über *Les Conditions sociales en URSS* hinzuweisen. Hier werden auf der Grundlage eines Gutachtens des britischen Unterhausmitglieds Arthur Holt die von diesem an Ort und Stelle gesammelten Erfahrungen über die Lebensverhältnisse des russischen Werktäglichen wiedergegeben. Die *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* vom März 1955 bespricht eine im Verlage P. Haupt, Bern, veröffentlichte Abhandlung von Peter Sager über «die theoretischen Grundlagen des Stalinismus' und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion»; sie fixiert dabei eine Reihe von Unrichtigkeiten in der Darstellung Sagers.

Spezielle Hinweise

Zum Abschluß unseres Querschnittes sei es gestattet, auf einige wenige Artikel bemerkenswert erscheinenden Inhalts aus den neu in den Kreis der periodischen Berichterstattung aufgenommenen Wirtschaftszeitschriften einzugehen. Mit einer Arbeit: *Die Produktivität im europäischen Handel* referiert Prof. Dr. A. Gutersohn, St. Gallen, in Heft 1/2 1955 des *Internationalen Gewerbeearchivs* über entsprechende Studien einer von der OEEC dafür geschaffenen Sammelstelle. Die Bedeutung des Handels wird aus der Tatsache ersichtlich, daß er ungefähr ein Achtel der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt und mit dem gleichen Betrag am Nationaleinkommen beteiligt ist. Da sich die Belastung der Volkswirtschaft durch ihn auf 35—50% der Einzelhandelspreise für die verkauften Waren schätzen lasse, stoße man weiterum auf die Ansicht, daß der Handel eine nicht mehr länger tragbare Verteuerung der vermittelten Produkte verschulde. Der Pariser Bericht bedauert die Unzulänglichkeit der zahlenmäßigen Unterlagen über Leistungen und Kosten des Warenvertriebes. In der Überzeugung, daß der Handel ein unentbehrliches Glied in der Kette der Volkswirtschaft bilde, bemüht er sich um Ratschläge, wie Groß- und Einzelhandel, Konsument und Staat zur Produktivitätssteigerung im Handel beitragen können. Gutersohn schließt seine Kritik mit der Bemerkung ab, daß die Studien der Sammelstelle viele Handhaben böten, Gewichtiges für den Fortschritt im großbetrieblichen und in dem von mittleren und kleineren Unternehmen getragenen Handel zu tun. — Von der Fülle der Beiträge in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* sei zunächst aus deren Heft 1/55 eine Skizze von *Wolf Donner* über «die Agrarfrage als politische Gestaltungsaufgabe» herausgegriffen; Donners Ausführungen sind nicht nur für den deutschen Leser von Gewicht. Sie gipfeln in der These: zur Besserung der Lage in der Landwirtschaft «wird nichts geschehen, solange ein althergebrachter Agrarprotektion-

nismus — weit über eine Schutzfunktion hinausgehend — den landwirtschaftlichen Großbetrieben gute Gewinne, den Kleinbetrieben die Existenz, dem Volke in seiner Gesamtheit aber ein Agrarpreis- und Kostenniveau erhält, das jede Hoffnung auf einen Fortschritt zur Illusion werden läßt». Ein besonderer Artikel von Prof. Dr. *Fritz Marbach* im sechsten Heft 1955 derselben Zeitschrift ist dem «Friedensabkommen» in der schweizerischen Metallindustrie gewidmet, jener Vereinbarung zwischen den Spitzen des Maschinenindustriellen- und des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes vom 19. 7. 1937, die auch heute noch in Kraft ist. Der Aufsatz wird auch in der Schweiz Aufmerksamkeit wecken, weil Marbach mittels der in ihrem Wortlaut zitierten Vereinbarung die Unterschiede in der schweizerischen und deutschen Gewerkschaftspolitik herausarbeitet. Er stellt für die Schweizer Seite fest: es habe sich in nun bald zwanzig Jahren gezeigt, daß Unternehmer und Arbeiter weiterkommen, wenn sie sich bei der Abwicklung ihrer Meinungsverschiedenheiten als Sozialpartner benehmen, die sie ja in Wirklichkeit sind, statt sich der als antiquiert bewerteten Aussperrungs- und Streikwaffe zu bedienen. Der Schweizer sei eben aus einer Reihe von Gründen (der Geschichte, des Aufbaues der Landesverwaltung, der industriellen Struktur u. a. m.) einer Politik der Verständigung allgemein und einer solchen zwischen den Sozialpartnern eher zugeneigt als sein deutscher Nachbar. — Inhaltlich mit ähnlicher Gliederung, wie sie die *Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank* aufweisen, nur in ausgeprägterem Maße den Blick auf die ökonomischen Geschehnisse jenseits der Landsgrenzen gerichtet, beschäftigt sich die *Weltwirtschaft* in einem einleitenden Überblick ihres Heftes 1/55 mit der Entwicklung des Sozialproduktes, der Investitionen und des Verbrauchs, dem Verlaufe der industriellen Produktion, der Lage der öffentlichen Finanzen und auf dem Kapitalmarkt der Gestaltung des Welthandels und der Zahlungsbilanzen, den Tendenzen der Weltwarenmärkte, der Preise und Löhne sowie dem Stande der Bevölkerung und Beschäftigung. Den diesem Überblick folgenden Länder-, Markt- und Branchenberichten sind als Einzelaufsätze Darlegungen von Prof. Dr. *Hans-Heinrich Herlemann* über «den Einfluß des wirtschaftlichen Fortschritts auf die Kostenstruktur der Landwirtschaft» und von Dr. *Werner Grotz* «zur volkswirtschaftlichen Problematik der Exportförderung» angeschlossen. — Die Frankfurter *Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik* endlich geben zunächst in ihrem Juniheft 1955 einen Beitrag des österreichischen Finanzministers Prof. Dr. *Reinhard Kamitz*: *Österreich überwindet den Dirigismus* wieder, der wie eine geistvolle Einführung in die Spielregeln der Marktwirtschaft anmutet. So prägt Kamitz den Satz: «Unter allen denkbaren Ordnungen weist die Marktwirtschaft einen besonders hohen Freiheitsgehalt und Wirkungsgrad auf und stellt die sicherste Gewähr für die Entfaltung der persönlichen Werte und die Hebung des Lebensstandards dar.» Nach Erkenntnis und Behebung der Ursachen — so fährt der Autor fort — für die Unterversorgung und den Preisauftrieb, nämlich die inflationistische Geldvermehrung und die Defizite im Etat, gelang es Österreich, die industrielle und gewerbliche Produktion, die Kreditwirtschaft und den Außenhandel aus den Fesseln der Zwangswirtschaft zu befreien. Die Wohnungs- und die Landwirtschaft sind heute noch die «harten Kerne des Dirigismus». Doch ist die Erkenntnis im Vordringen, daß bei «Anpassung der Austauschverhältnisse an die realen Gegebenheiten» auch hier dem Menschen zur Freizügigkeit in seiner ökonomischen Tätigkeit verholfen werden kann. Nicht vergessen darf man allerdings, daß die Schaffung eines Minimums an Verständnis für die Hauptzusammenhänge des wirtschaftlichen Ablaufs eine überragende Bedeutung bei Lösung der ordnungspolitischen Probleme in der Wirtschaft besitzt. Man darf in seinen Bemühungen, dieses Verständnis herzustellen, nicht erlahmen, sonst «gibt man die Marktwirtschaft preis, bevor man ihre Realisierung in Angriff genommen hat». In ihrer Juliausgabe 1955 läßt sodann dieselbe Zeitschrift den bekannten Wirtschaftspublizisten Dr. *Herbert Groß* mit einem Aufsatz: *Kathedersozialismus gestern*

und heute zu Wort kommen. In kritischer Betrachtung einiger ökonomischer Neuveröffentlichungen aus den USA (von denen die eine, und zwar der von Prof. F. A. Hayek, Chicago, herausgegebene Sammelband: «Capitalism and the Historians» in den «Schweizer Monatsheften» vom Juli 1954 durch Dr. Wolfram Dürr bereits besprochen wurde) beweist Groß in gewohnter glänzender Federführung die Gefährlichkeit der wirtschaftswissenschaftlichen Versuche, «die Polarität von freier Marktwirtschaft und staatlichem Interventionismus durch eine Art von pragmatischer Harmonie abzulösen». Gegenüber dieser fragwürdigen Synthese von Markt- und Staatswirtschaft siegt nach Groß das Bewußtsein der eigenen Kraft freier Menschen und entsprechend verantwortungsvoller Lösungen im nichtstaatlichen Bereich. Auch bei der historischen Deutung der Anfänge der Marktwirtschaft, deren «Kinderstube», hat sich in der modernen Literatur der Wirtschaftswissenschaft die Erkenntnis der Falschheit eines Urteils über den «schmutzigen Ausgangspunkt» der Marktwirtschaft Bahn gebrochen. Groß schließt seine Betrachtungen von hoher Warte unter anderem mit den Worten: «Die Zeit der Kathedersozialisten geht zu Ende. Um so gefährlicher wäre es, in die freie Marktwirtschaft gleichsam über ‚trojanische Pferde des Kompromisses‘ unfruchtbare und abgenutzte Vorstellungen vom staatlichen Interventionismus einzuschmuggeln.»

Hans Posse

Die Sowjetunion und Asien

Auf der kürzlich stattgefundenen diesjährigen *Hamburger Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde — Stuttgart*, mit dem Thema *Die Sowjetunion und Asien*, befaßte sich nach mehr als zwei Jahrzehnten eine Vereinigung der namhaftesten deutschen Fachgelehrten wieder in freier Aussprache mit dem Problem Gesamtasiens. Die Osteuropa-Gesellschaft wertete nicht allein das spannungsträchtige Verhältnis der europäischen Führungskräfte in der UdSSR zu diesem erwachenden Großasien; aus der gegenwartsnahen Analyse mitteleuropäischer Gelehrter ergab sich die weltweite Bedeutung der «westlichen» Stellungnahme zur sowjetasiatischen und gesamtasiatischen Entwicklung. Ebenso war der Zeitpunkt der Tagung, im Zeichen «koexistenter» Entspannungstendenzen, von besonderer Aktualität.

Im Schlagschatten von Genf, unter Teilnahme maßgeblicher Delegationsmitglieder der Moskaureise Adenauers, konzentrierten sich Vorträge, Kurzreferate und Diskussionen insonderheit auf zwei Entscheidungsfragen:

1. *Wird das China Mao Tse-Tungs ein zweites, weithin autarkes Zentrum des Weltkommunismus werden?* Man darf ruhig behaupten, daß in dieser Auseinandersetzung das Für und Wider die Tagungsteilnehmer förmlich elektrisierte. So wenig man z.B. die Abhängigkeit Chinas von sowjetischen Lieferungen in seiner «stürmischen Industrialisierung» anzweifelte, so sehr vertraten erstrangige Kenner die Auffassung, daß es heute gar nicht mehr im Belieben der UdSSR stünde, Industrieausrüstungen, Anleihen und technische Beratung für den rotchinesischen Partner zu verkürzen oder gar zu verweigern. Japan allein wäre beispielsweise in der Lage, die «brüderliche Hilfe der Sowjetunion» voll und ganz zu ersetzen.

Es entspricht einer politisch klugen Einsicht, wenn die Sowjetunion, «deren Kerngebiet in Europa liegt» (U Nu), dem chinesischen Juniorpartner in den Ostblockbeziehungen zu den Völkern Süd- und Südostasiens den Vortritt läßt. Das

eindeutige Selbstbewußtsein des kommunistischen China würde fraglos auch jedwede «Satellisierung» durch Moskau vereiteln. Im April 1955 bot diesbezüglich die asiatisch-afrikanische Konferenz von Bandung wertvolle Einblicke: Tschou En-Lai verteidigte die Sowjetunion, «die europäische rote Diktatur», gegen Anklagen von Konferenzteilnehmern ziemlich schwach. Dagegen verwies er mit Nachdruck auf die geistige und kämpferische Eigenständigkeit der Revolution Mao Tse-Tungs und auf die zunehmende wirtschaftliche Autarkisierung des «Reiches der Mitte».

Das Ringen um die Führungsmacht und Lebensordnung Gesamtasiens wurde auf weite Sicht — meinten angesehene Hamburger Tagungsteilnehmer — zwischen dem Ostblockpartner China und der «Dritten Kraft» mit dem Schwergewicht im Indien Nehrus entschieden. Ob indessen die «Sozialisierung» Rotchinas in Zukunft annähernd zum gleichen Endergebnis führen werde wie die Bolschewisierung Rußlands; ob die vorbildgetreue Anwendung des sowjetischen Rezeptes in China, wie z. B. für die Agrarkollektivierung seit dem Herbst 1955, lediglich gemeinsame *Wegstrecken* der Entwicklung anbahne, oder ob Chinas Umwandlungsprozeß auch das gleiche *Wegziel* wie Sowjetrußland erreichen werde: diese Frage blieb offen.

2. *Welche Hilfe, welches schöpferische Zusammenwirken vermag der «Westen» den mehr als 1300 Millionen in den unterentwickelten Ländern Asiens bei der Gestaltung einer besseren Zukunft zu bieten?* Die Geistigkeit, die Wirtschafts- und Sozialstruktur, der liberale Individualismus der westlichen Zivilisation können diesen Völkern nicht schlechthin als erreichbare Vorbilder hingestellt werden. Es geht also z. B. nicht um einen den Asiaten aufzuoktroyierenden american way of life. Auch die UNO-Hilfe für Asien, der Colombo-Plan des Commonwealth, das us-amerikanische «Punkt 4»-Programm usw. müssen darauf abgestellt werden, das Eigenständige, das bewußte Eigenleben der asiatischen Nationen zu fördern. Zur Behebung struktureller Notstände genügen wirtschaftlich-organisatorische Teilmassnahmen nicht. Angesichts des wachsenden bäuerlichen Bevölkerungsdruckes in Süd- und Ostasien z. B. sind Bodenreformen und die Durchsetzung des einzelbäuerlichen Genossenschaftsgedankens (im Gegensatz zum kommunistischen Kolhostyp) unzureichend. Es geht für die Weltdemokratien um die Überwindung kolonialer Ressentiments auf beiden Seiten, um eine klare Stellung zu den Grundproblemen, um die Gemeinschaft einer Lebensauffassung, die sich gegen den kollektivistischen Zwang des Bolschewismus behauptet.

Die besondere Aufgabe Europas muß es sein, jenseits von «Imperialismen» durch seinen wirtschaftlichen und kulturellen Beitrag eine unmittelbare Partnerschaft mit Asien zu intensivieren. Jene Zeit, da Leibniz gegenüber Peter dem Großen das Russische Reich eine «tabula rasa zwischen Europa und China» nannte, die der Zar mit europäischer Gesittung zu erfüllen hätte, ist vorbei. Trotzdem ergibt sich, ungeachtet aller ideologischen Zerklüftungen zwischen West und Ost, gerade auch für die großrussische Führungsnation ein europäischer Auftrag, der über den Amur, «die Grenze des weißen Mannes in Asien», hinausreicht.

3. Aufschlußreich gestalteten sich die *wirtschaftspolitischen Referate und Debatten* über den asiatischen Ostblockraum und die Interdependenzen der Wirtschaftsgebiete Asiens. Begreiflicherweise fanden dabei z. B. etwa die dargelegten *Aussichten für den Asienhandel* der Deutschen Bundesrepublik bei den hanseatischen und ausländischen Gästen der Tagung besondere Aufmerksamkeit; gelten doch diese Möglichkeiten teilweise auch für andere Länder Europas. Mit der Begründung, daß die Entspannung der West-Ost-Handelsbeziehungen im allgemeinen die Isolierung Rotchinas sowieso hinfällig mache, wurden u. a. die Lockerung des China-Embargos und die Aufnahme eines offiziellen «Direkthandels» zwischen Bonn und Peking gefordert. Über den Zwischenhandel sei die Bundesrepublik heute bereits der größte europäische Konsument chinesischer Waren.

Der Friedenswillen und das Friedensbedürfnis der Sowjetunion für die nächsten Jahre wurde mehrfach durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten der sowjetischen

Industrialisierung und die «inter-sozialistischen» Lieferverpflichtungen Moskaus — besonders an China — interpretiert. Der Nachweis, daß z. B. die geplante sowjetische Industrieverlagerung nach dem Osten («Zweites Baku», Ural) infolge unvorhergesehener Mängel in der Energieversorgung zu einem «Marsch nach dem Westen» wurde, sonstige Disproportionen im industriellen Ausbau, die ungelöste Agrarfrage usw. erklären die Notwendigkeit für den Kreml, seine weltimperiale Zielsetzung den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Ostblocks anzupassen.

Allein das chinesische Investitionsprogramm bis 1960 überbeansprucht mit seinen Erfordernissen das sowjetische Potential, obwohl in steigendem Maße Industrielieferungen aus der DDR, der ČSR und den übrigen Satellitenländern zur Sicherstellung des zweiten chinesischen Fünfjahrplanes herangezogen werden. Entsprechend hat auch die 1953 einsetzende Handelsoffensive des Sowjetblocks zur (vorerst «modellweisen») Erschließung der übrigen asiatischen Märkte China und den europäischen Satelliten die Hauptlast bei der Abwicklung dieses Warenverkehrs zugeteilt. Gegenwärtig fällt es der Sowjetunion nicht leicht, sogar das wirtschaftliche Vakuum innerhalb des eigenen Ostblock-Herrschraumes zu erfüllen.

Die Arbeit der drei Sektionen dieser Hamburger Tagung — «Geschichte und Landeskunde», «Wirtschaft», «Recht» — vermittelte ein ungemein lebendiges Bild über den Stand der deutschen Kenntnisse zu dem Problem «Die Sowjetunion und Asien». Fraglos gilt es z. T. für die deutsche Wissenschaft, einen spürbaren Abstand zu den angelsächsischen Fachleuten dieser Sparte aufzuholen. Diskussionsbeiträge bejahrter deutscher Sachkenner aus der Zwischenkriegszeit, diesjährige Reiseindrücke des Generalsekretärs der Gesellschaft, K. Mehnert, des Agrarfachmannes, Prof. Schiller-Hohenheim, oder des Kölner Osthandelsfachmannes, H. J. Kirchner, verliehen den gebotenen Forschungsergebnissen aus unmittelbarer Anschauung einen aktuellen Akzent.

Obwohl es innerhalb von drei Tagen selbstverständlich unmöglich war, zu manchem der aufgeworfenen Probleme zielklare Antwort zu finden, zeugten Meinung und Gegenäußerung von dem reifenden Verständnis für das Thema. Insgesamt darf man die Jahrestagung 1955 der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde als wertvolle Analyse der schicksalhaften «Hälfte der Menschheit» bezeichnen, die dazu beitragen wird, den europäischen und weltdemokratischen Standort in dem großräumigen Geschehen zwischen Ost und West zu bestimmen.

Otto Rudolf Ließ